

# Deklaration von Salzburg

**D**iese Deklaration enthält die Wünsche und Forderungen an politische Entscheidungsträgerinnen und Träger von 64 internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Seminars „20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs: Die EU - Ein Friedensprojekt“, das vom 16. bis 18. Oktober 2009 in Wals-Siezenheim bei Salzburg (Österreich) durchgeführt wurde.

Die Teilnehmenden kamen aus Belgien, Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Frankreich, Kroatien, den Niederlanden, Österreich, Polen und der Slowakischen Republik. Veranstalter dieses Seminars waren das Europa Zentrum Baden-Württemberg (D), Europski Dom Vukovar (HR), das European Network for Education and Training (EUNET), der Dachverband Europa-politischer Bildungseinrichtungen und das Institut für Europa im Salzburger Bildungswerk (A).

Die Ergebnisse dieser Veranstaltung basieren auf Vorträgen, Diskussionen und Präsentationen sowie der Arbeit in Arbeitsgruppen, deren Resultate im Plenum vorgestellt, diskutiert und verabschiedet wurden. Sie bilden die Grundlage für diese Deklaration und beschäftigen sich mit drei grundsätzlichen Themen:

## 1. Entwicklung von Strategien zur Vermeidung von Krieg bzw. ethnischen Konflikten

Jedes Bildungssystem muss seine Bürgerinnen und Bürger zum Frieden und zur guten Nachbarschaft erziehen: Toleranz und Achtung, Respektierung der Menschenrechte jeder einzelnen Person, Bekämpfung von Extremismus, Diskriminierung von Minderheiten und übertriebenem Nationalismus. Diese Erziehung zum Frieden muss in den Ländern Südost-Europas, die noch nicht der EU angehören,

in Kindergärten, Schulen, Hochschulen sowie in allen Einrichtungen der Erwachsenenbildung gefördert werden. Die Europäische Union wird aufgefordert, diese Erziehung zu unterstützen, in erster Linie durch Bereitstellung des entsprechenden „Know how“ sowie durch die Fortbildung der lokalen Fachkräfte.

Nachdem Modell der deutsch-französischen Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg werden Programme für Schul-, Städte- und Vereinspartnerschaften gefordert.

Das Eingestehen von Schuld wird als wesentlicher Bestandteil für Aussöhnung betrachtet. Dazu werden hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Volks- und/oder Glaubensgemeinschaften aufgefordert.

## 2. Heranführen von Nicht-EU-Staaten in Südost-Europa und deren Menschen an die Europäische Union

Die EU und deren Mitgliedstaaten werden zu folgenden Maßnahmen aufgefordert:

- ▶ Unterstützung der Ausbildung örtlicher Kräfte mit Hilfe von EU-Militär- und Polizeiexpertinnen und -experten
- ▶ Entsendung von entsprechenden Expertinnen und Experten an Universitäten und Hochschulen
- ▶ Mithilfe beim Aufbau von Verwaltung und Justiz
- ▶ Mithilfe bei der Bekämpfung von Korruption, Menschenhandel und -Schmuggel
- ▶ Förderung des Aufbaus von Zivilgesellschaften durch die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen vor Ort
- ▶ Mitwirkung bei der Räumung von Landminen und der Beseitigung von Kriegsschäden
- ▶ Öffnung des ERASMUS-Programms für Studierende aus den betroffenen Staaten
- ▶ Gewährung von Sonderkonditionen für den Aufbau von kleineren und mittleren Unternehmen

## 3. Eigenleistungen dieser Staaten und ihrer Bürger und Bürgerinnen für einen EU-Beitritt

Die Bringschuld der betroffenen Länder sollte umfassen:

- ▶ vollständige Übernahme des Wertekansons der Europäischen Union und dessen Vermittlung an die Bürgerinnen und Bürger
- ▶ Aufbau einer funktionierenden und belastbaren Demokratie
- ▶ bedingungslose Verfolgung von Kriegsverbrechern und -verbrecherinnen und deren Auslieferung an den Internationalen Strafgerichtshof
- ▶ Einleitung von Gerichtsverfahren insbesondere gegen Mörder und Vergewaltiger, die für ihre Taten noch nicht belangt wurden
- ▶ rasche Klärung der durch Kriegsfolgen veränderten Eigentumsverhältnisse als Voraussetzung für den weiteren Wiederaufbau.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars sind sich einig, dass ein Leben in Frieden in der Europäischen Union keine Selbstverständlichkeit ist. Dieser Vorteil soll auch allen noch außerhalb der EU stehenden Menschen zuteil werden - sowohl mit Unterstützung durch die EU, als auch durch eigene Anstrengungen.

Die Veranstalter bedanken sich für die Unterstützung bei der GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission mit Mitteln aus dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, beim (österreichischen) Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und bei der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung sowie für die Zusammenarbeit bei der EuRegio Salzburg-Berchtesgadener Land-Traunstein und beim Katholisches Bildungswerk Berchtesgadener Land.



## „Viel Europa“ in Straßburg, Reims und Metz

Eine Studienfahrt vom 17. bis 22. Oktober 2010

**D**as Institut für Europa im Salzburger Bildungswerk und das Katholische Bildungswerk Berchtesgadener Land fahren gemeinsam nach Frankreich. Neben den Sehenswürdigkeiten der Städte Straßburg, Reims und Metz wird „Europa“ eine wichtige Rolle während dieser Exkursion spielen. Wir werden den Europarat und das Europäische Parlament in Straßburg und das Centre européen Robert Schuman, einem der Gründerväter der heutigen Europäischen Union, in Scy-Chazelles bei Metz besuchen. Das Programm abrunden werden Besuche im neu eröffneten Centre Pompidou in Metz, von Reims, der Partnerstadt Salzburgs, und des nahen Winzerdorfs Hautvillers. (FT)

Das Detailprogramm ist ab Ende Mai verfügbar und kann im Institut für Europa bei Wolfgang Forthofer, Tel: 0662-872691-21 bzw. [w.forthofer@sbw.salzburg.at](mailto:w.forthofer@sbw.salzburg.at) angefordert werden.



Robert Schuman bereitete als französischer Außenminister den Weg zur Schaffung der Montanunion (Schuman-Plan) vor. Später war er Präsident des Europäischen Parlaments. Er lebte und wirkte in diesem Haus in Scy-Chazelles, wo er 1963 verstarb.

## Die EU stand auf der Tagesordnung

Zum wiederholten Male konnte das Institut für Europa einen Lehrgang anbieten, der Salzburgerinnen und Salzburger über die Europäische Union, über ihre Institutionen, ihre Politik und über erfolgte Veränderungen informierte. Schwerpunkte der mehrtägigen diesjährigen Veranstaltung waren die EU-Gesundheitspolitik und der Vertrag von Lissabon.

Zwei „theoretischen“ Modulen in Salzburg folgte eine Exkursion zu EU- und österreichischen bzw. Salzburger Einrichtungen bei der EU in Brüssel. Der Besuch in Brüssel wurde vom „Salzburg-Büro“ des Landes dort organisiert – wir bedanken uns bei Mag.a Michaela Petz-Michez und Mag.a Maren Kuschnerus für die sorgfältige Planung – und umfasste ein umfangreiches Programm in der Ständigen Vertretung Österreichs, im Ausschuss der Regionen und im Europäischen Parlament mit Vorträgen, Diskussionen und Präsentation mit Mag. Mirjam Rinderer, Dr. Philipp Tillich, Dr. Robert Weiss und Mag. Gerda Zweng vom Büro des Europaparlamentariers Richard Seeber.

Wir freuten uns über 22 Teilnehmerinnen und 8 Teilnehmer im Alter von 21 bis 79 Jahren und über die finanzielle Unterstützung durch die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung und das Land Salzburg sowie über die Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Vorsorgemedizin Salzburg (AVOS), dem AMD Salzburg, Zentrum für gesundes Arbeiten, dem Bildungszentrum Saalfelden sowie der Volkshochschule Salzburg. (FT)



Warten auf den Besuch im Europäischen Parlament



Auf dem Weg ins Europäische Parlament



Mag. Elisa Schenner vom Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Salzburg führte gezielt und gekonnt in die EU-Materie ein. Landesrätin Erika Scharer erläuterte den Einfluss der EU auf unsere Gesundheit, herzlichen Dank. Sabine Stadler von AVOS hatte die Idee, ihren Kolleginnen und Kollegen diesen EU-Lehrgang anzubieten, die erfolgreich umgesetzt werden konnte.



Im Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU erläuterte DI Peter Stadlbauer dessen Aufgaben. Katja Neubauer (nicht am Bild) von der Generaldirektion Gesundheit erläuterte die Gesundheitspolitik der Europäischen Union aus Sicht der Europäischen Kommission.